

Expertendialog der Bundeskanzlerin 2011/ 2012

Handlungsvorschlag 4 der AG Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung (AG I2b)

Bund-Länder-Plattform zu laufenden Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung

Darstellung des Handlungsvorschlags

Um Beteiligungsmöglichkeiten bekannt zu machen, entwickelt die Bundesregierung ein Konzept für eine gemeinsame **Internet-Plattform**, auf der aktuell eröffnete Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung von Bund und Ländern mit den Kerndaten auffindbar gemacht werden. Neben einer Suchfunktion sollte die Möglichkeit bestehen, dass Bürgerinnen und Bürger nach Hinterlegung der Postleitzahl ihrer Wohnadresse automatisch über neue Teilnahmeverfahren in ihrem Wohngebiet informiert werden. Entsprechendes sollte für Verbände gelten, wenn sie Themengebiete angeben.

Bisher gibt es solche Plattformen und Partizipationslandkarten zu einzelnen Themenfeldern (z.B. Bürgerhaushalte) und Bundesländern (z.B. Stadtentwicklung in Berlin) sowie von Nicht-Regierungsorganisationen. Die konkrete Maßnahme besteht daher zunächst in einer Bestandsaufnahme und einem Konzept für die Integration oder Kooperation dieser partiellen Landkarten, der Ergänzung erkannter Lücken und einem nachhaltigen Betreibermodell.

2. Begründung des Handlungsvorschlags

Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger findet teilweise auch deswegen nicht statt, weil den Betroffenen ein entsprechendes Angebot nicht bekannt ist. Die vorgeschriebenen Veröffentlichungen etwa im Bundesanzeiger oder Amtsblättern erfüllen ihren Zweck nur unzureichend. Eine zentrale Informationsplattform kann die Defizite der zersplitterten und unübersichtlichen Teilnahmangebote reduzieren und die positiven Effekte der Bürgerbeteiligung – Informationsgewinnung und Akzeptanzvermittlung – steigern.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Regierungsprogramms Vernetzte und Transparente Verwaltung im Handlungsfeld Open Government eine Studie und einen Prototypen für eine Open Government Plattform ausgeschrieben, die unter anderem einen Informationspool für eine Partizipationslandkarte beinhalten soll. Dort bleibt jedoch sowohl die Frage des Betriebs einer solchen Plattform als auch die der Prozesse einer möglichst vollständigen Datensammlung über alle Verwaltungsebenen hinweg offen.

In Deutschland gibt es mehrere Angebote von Partizipations-Landkarten oder Verzeichnissen von Nicht-Regierungsorganisationen:

- <http://www.meine-demokratie.de/kategorie/typ/demonstration>
- <http://www.buergerbeteiligung.de>
- Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert das Portal Bürgerhaushalt mit einer Landkarte der Kommunen mit Bürgerhaushalten: <http://www.buergerhaushalt.org>.
- Das Land Berlin stellt eine Liste aller Raumordnungsverfahren mit den entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/b-planverfahren/de/plaene.shtml> bereit.

Die Detailliertheit der Darstellungen, die Aktualität und Vollständigkeit dieser Angebote variieren stark. Weitere Initiativen auf Landesebene sind zu erwarten. Es ist dem Ziel größerer Transparenz jedoch wenig förderlich, wenn es viele, sich teilweise überschneidende Portale und Landkarten gibt. Daher sollen die Möglichkeiten einer Integration oder Kooperation sowie einer nachhaltigen Organisation in einer Bestandsaufnahme untersucht und ein nachhaltiges Betreibermodell entwickelt werden.

Dabei ist eine Einbeziehung der Länder zwingend, weil die meisten Beteiligungsangebote auf Landes- und kommunaler Ebene existieren und die Bürgerinnen und Bürger sich von den dort getroffenen Entscheidungen auch am stärksten betroffen fühlen. Denkbar ist eine Initiierung durch den IT Planungsrat, der Open Government und E-Partizipation in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat, die zu einem Gemeinschaftsvorhaben von Bund und Ländern führt.

3. Referenzen, Beispiele, Bilder, Grafiken etc.

Online-Verzeichnisse von abgeschlossenen und laufenden Verfahren zur Konsultation der Öffentlichkeit, haben die Vorreiter in internationalen Rankings zu E-Partizipation wie die USA, Kanada, Südkorea, Neuseeland, Großbritannien, Dänemark und Estland schon seit Jahren:

- Regulations.gov (USA): www.regulations.gov
- Consultation Finder (GB): www.yournorfolkyoursay.org
- Consulting With Canadians (CA): www.consultingcanadians.gc.ca
- Ihre Stimme in Europa (EU): http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm
- Directgov Verzeichnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen (GB):
www.direct.gov.uk/en/DI1/Directories/PublicConsultations/index.htm
- ZebraLog: www.zebralog.de/de/dialogscout.php
- Business Consultation Website (NZ): www.businessconsultation.govt.nz

